

DOPPELHAUSHALT 2015/2016

Die Weichen sind gestellt – Schlüsselprojekte werden umgesetzt

Unsere Kernforderungen im Landtagswahlkampf lauteten: Bessere Kitas, mehr Lehrer_innen, mehr Investitionen in die kommunale Infrastruktur und solide Finanzen. Mit dem beschlossenen Doppelhaushalt stellen wir die soziale Frage, die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe und die Chancengleichheit ins Zentrum unserer politischen Entscheidungen. Bildung, Wissenschaft, Daseinsvorsorge, gesundheitliche Versorgung und lebenswerte Kommunen bleiben unsere Prioritäten.

Bildung hat Priorität: Die Sicherung der Bildungsqualität von der Kita bis zur Hochschule steht weiter in unserem Fokus. Der Kita-Betreuungsschlüssel für 0-3 Jährige wird auf 1:5 und für 3-6 Jährige auf 1:11 bis 2018 verbessert. Das Land übernimmt vollständig die Kosten für diese Verbesserung. In der Legislaturperiode werden wir 4.300 neue Lehrer_innen einstellen. Außerdem werden wir zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeiter_innen fördern und das Budget der Hochschulen bis 2019 um 100 Mio. € erhöhen.

Soziales und Gesundheit: Pro Jahr erhöhen wir die pauschale Krankenhausförderung um 80 Mio. € zur Verbesserung des Gesundheitswesens. Über Bürgschaften von insgesamt 20 Mio. € werden wir die Daseinsvorsorge, wie z.B. Gesundheitszentren in ländlichen Räumen, sichern und stabilisieren. Auch der Aufbau eines Gesundheitscampus Brandenburg soll die medizinische Versorgung für das Flächenland Brandenburg langfristig sichern helfen. Gesundheitsfachberufe und -forschung werden vernetzt und die praxisnahe Aus- und Weiterbildung in Gesundheit und Pflege gestärkt.

Erhalt und Modernisierung der Infrastruktur: Für die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs werden wir über das Kommunale Infrastrukturprogramm ab 2016 bis 2019 130 Mio. € für die Bildungs-, Verkehrs- und Feuerwehr- sowie Freizeit- und Sportinfrastruktur zur Verfügung stellen und zum Erhalt der Landesstraßen zusätzliche 100 Mio. €. Knapp ein Drittel der gesamten Haushaltsmittel bekommen die Kommunen in Form von Schlüsselzuweisungen nach

dem brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz und weiterer Landesfördermittel.

Stärkung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenlebens: Mit zusätzlichen Mitteln werden wir die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien unterstützen. Willkommenskultur, Integration und Teilhabe sind für uns Bausteine einer zeitgemäßen Asyl- und Integrationspolitik. Die Hilfsbereitschaft zur Schaffung einer Willkommenskultur für Flüchtlinge im Land Brandenburg ist groß. Dieses lokale ehrenamtliche Engagement ist uns wichtig. Daher unterstützen und fördern wir die Willkommenskultur aus Landesmitteln.

Fazit: Unser Leitmotiv bleibt ein Brandenburg für alle, das seine Mittel klug zu investieren weiß, das nicht über seine Verhältnisse lebt, seinen Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird, ihnen Lebensperspektiven eröffnet und ihre Lebensleistungen würdigt.

	2014	2015	2016
Bildung	1,5073 Mrd. €	1,6635 Mrd. €	1,7337 Mrd. €
Wissenschaft und Forschung	748,2 Mio. €	789,1 Mio. €	804,6 Mio. €
Soziales und Gesundheit	852,8 Mio. €	859,4 Mio. €	860,5 Mio. €
Infrastruktur	872,3 Mio. €	889,4 Mio. €	916,9 Mio. €

Tabelle: Entwicklung der Ausgaben in unseren prioritären Politikbereichen

Ralf Christoffers
Fraktions-
vorsitzender



Stefan Ludwig
Finanzpolitischer
Sprecher



Neuwahl des Vorstandes

Mit dem neu gewählten Vorstand stellen wir die Weichen für die Zukunft Brandenburgs.

Am 2. Juni hat die Fraktion ihren neuen Vorstand gewählt. Als neu gewählter Vorsitzender freue ich mich, die Fraktion führen zu dürfen. Kathrin Dannenberg und René Wilke wurden als Stellvertreter_innen bestimmt, Thomas Domres als Parlamentarischer Geschäftsführer bestätigt. Als weitere Mitglieder des Vorstandes wurden Gerrit Große und Isabelle Vandre gewählt.

Ich danke meiner Vorgängerin Margitta Mächtig für ihre geleistete Arbeit. Diese gilt es fortzusetzen. Für die kommenden Jahre stehen große Aufgaben an. Dazu gehören die Realisierung des Landesentwicklungsplans und Verbesserungen bei der Kita-Betreuung und im Bildungsbereich. Bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen setze ich auf die Zusammenarbeit aller Demokrat_innen.

Die sozialpolitischen Programme aus dem Koalitionsvertrag werden wir umsetzen. Gemeinsame Aufgaben für Brandenburg müssen wir in gemeinsamer Verantwort-



Unser neuer Vorstand: Thomas Domres, Gerrit Große, Ralf Christoffers, Kathrin Dannenberg, René Wilke und Isabelle Vandre

ung lösen, um soziale Gerechtigkeit und sozialen Aufstieg für alle zu ermöglichen. Kathrin Dannenberg wird sich auch in ihrer neuen Funktion als stellvertretende Vorsitzende für die Einführung von Schulzentren und inklusiven Unterricht stark machen. Unser neuer stellvertretender Vorsitzender René Wilke wird weiterhin

in der Sozialpolitik und bei der Armutsbekämpfung aktiv sein. So zeigen wir als Fraktion kontinuierlich linkes Profil.



Ralf Christoffers
Fraktionsvorsitzender

Toleranz und Weltoffenheit erhalten - Rechtsextremismus bekämpfen



Der Landtag hat einen Grundsatzbeschluss gefasst, wonach er sich auch in dieser Legislaturperiode jährlich mit der Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ befassen wird.

In der Auseinandersetzung mit einer Reihe von fremdenfeindlichen Gewalttaten ist in den 90er Jahren 1998 das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ins Leben gerufen worden. Anliegen dieses Konzepts ist es, in einem breiten zivilgesellschaft-

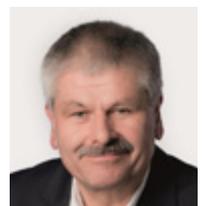
lichen Ansatz Kräfte zu bündeln und zu vernetzen, um Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. So ist über Jahre ein stabiles Netz im Land und in den Kommunen geschaffen worden, das sich immer wieder bewährt hat. Dazu gehören die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, die Mobilen-Beratungs-Teams, die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA), der Verein „Opferperspektive“, aber auch das landesweite Aktionsbündnis gegen

Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Es gibt viele gesellschaftliche Ursachen, die als Nährboden für rechtsextremistische und fremdenfeindliche Bestrebungen wirken. Gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Flüchtlingen, die wir in Brandenburg aufnehmen, gibt es auch Vorbehalte und Ängste in der Bevölkerung. Das nutzen Neonazis schamlos aus. So am 6. Juni, als Neonazis versucht haben, die Stadt Neuruppin zum Schauplatz für einen Aufmarsch zu machen. Dies konnten Neuruppiner_innen und viele Gäste verhindern.

Es hat sich bewährt, dass sich der Landtag kontinuierlich mit diesem Thema befasst. Dabei soll auch überlegt werden, wie das Tolerante Brandenburg weiter entwickelt und den heutigen Gegebenheiten angepasst werden kann.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Innenpolitischer Sprecher



Podiumsdiskussion zu Rahmenlehrplänen



Bei unserem regelmäßig stattfindenden Dienstagsgespräch ging es am 2. Juni um die neuen Rahmenlehrpläne.

Hier konnte ich mit dem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung, Steffen Kludt, der Sprecherin des Landes schulbeirates, Ines Mühlhens-Hackbarth und dem Initiator der Petition gegen den neuen Geschichtslehrplan, Robert Rauh, über Chancen und Risiken der neuen Rahmenlehrpläne diskutieren.

Während ich hervorhob, dass die neuen Pläne, die einen übergreifenden Ansatz von Klasse 1 - 10 vorsehen und einen Schritt zur Inklusion darstellen, der richtige Weg sind, sah Robert Rauh darin ein Verfahren, das zu einer „Einheitsschule“ führen würde. Ines Mühlhens-Hackbarth betonte, dass die Beteiligung von Lehrkräften und Fachleuten während der Erarbeitung sehr gut war. Einige der über 30 Gäste beteiligten sich intensiv an der Diskussion und nutzten die Möglichkeit, auch ihre Kritik bzw. ihr Lob los zu werden. Zustimmung erfuhr die Einführung fächerübergreifender Kompetenzen wie Medien- oder Sprachbildung.

Die Politik und das Bildungsministerium sollten möglichst viele Anregungen aus der Praxis aufgreifen. Für eine bessere Schullandschaft in Brandenburg gibt es noch viel Potential.

Kathrin Dannenberg
Bildungspolitische
Sprecherin



Wir verbessern erneut die Kita-Qualität

Die Betreuung unserer Kinder in den Kitas ist der LINKEN ein wichtiges Anliegen. Darum haben wir bereits in der letzten Wahlperiode unser Versprechen gehalten und den Betreuungsschlüssel verbessert. Jetzt investieren wir erneut über 40 Mio. Euro mehr im Jahr, um das Betreuungsverhältnis nochmal zu verändern. Noch in 2015 werden wir den Schlüssel bei den 0 - 3jährigen von jetzt 1:6 auf zuerst 1:5,5 und ab 2016 dann auch 1:5 verbessern. Auch für die 3 - 6jährigen soll der Schlüssel ab 2017 von jetzt 1:12 auf dann 1:11 sinken.

Wir kommen damit nicht nur unserem Ziel, kleinere Gruppen in den Kitas zu schaffen, näher - wir eröffnen mit dieser Verbesserung des Schlüssels auch die Möglichkeit, junge Erzieherinnen und Erzieher einzustellen.

Mit dem Kita-Gesetz werden wir auch ein zweites wichtiges Anliegen der LINKEN umsetzen. Viele Eltern-Initiativen fordern zu Recht endlich mehr Mitbestimmung auch im Kita-Bereich. Bisher sind sie nur auf der Ebene der Einrichtung selbst



eingebunden - aber weder auf Kreis- noch auf Landesebene. Mit dem Gesetz ermöglichen wir nun die Gründung von Elternbeiräten, die bei allen für die Kita wichtigen Entscheidungen einzubeziehen sind. Wir beraten das Gesetz jetzt im Landtag und werden es noch vor dem Sommer beschließen.

Gerrit Große
Kinderpolitische
Sprecherin



Soziale Belange bei Hochschulzulassung gestärkt!



Nach Jahren ohne klare Rechtslage hat nun der Landtag ein Gesetz für die Hochschulzulassung beschlossen. Grundsätzlich sieht DIE LINKE eine Beschränkung des Zugangs zur Hochschule kritisch - nach unserer Auffassung sollte die Anzahl der Studienplätze bedarfsgerecht ausgebaut werden. Das jetzt beschlossene Gesetz kann daher nur einen Missstand regeln.

Unserer Fraktion war es während der Beratungen des Gesetzes wichtig, dass es

im Rahmen der Zulassung zum Studium möglichst wenig soziale Hürden gibt. DIE LINKE hat in diesem Sinne z.B. erreicht, dass künftig Gebühren für Auswahlverfahren ausgeschlossen sind. Gestrichen wurde auf unseren Vorschlag hin die Höchstgrenze für die Anerkennung von Wartesemestern. Zusätzlich werden jetzt in allen Phasen der Zulassung soziale Kriterien der Bewerber*innen berücksichtigt, was einen Ausgleich für sozial benachteiligte Personen bedeutet. Ebenso konnte auf unsere Initiative hin z.B. eine Antidiskriminierungsklausel sowie eine Mindestquote bei Studienplätzen für besonders zu unterstützende Personengruppen im Gesetz verankert werden.

Das Hochschulzulassungsgesetz ist damit unter sozialen Gesichtspunkten erheblich verbessert worden.



Isabelle Vandre
Wissenschafts-
politische Sprecherin

Für den ländlichen Raum! Enquetekommission beschlossen

Gleichwertige Lebensverhältnisse schreibt die Verfassung für die Regionen des Landes vor. Doch die berlinfernen Regionen haben mit ganz anderen Problemen zu kämpfen als der Speckgürtel.

Für viele Menschen sind das niedrige Lohnniveau, fehlende Arbeitsplätze, unzureichende gesundheitliche Versorgung, unzureichende Verkehrsanbindung, weite

Schulwege, zu wenig Kultur und Sport Gründe den ländlichen Raum zu verlassen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist es eine große Herausforderung, die öffentliche Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zukunftsfest zu gestalten.

Damit wird sich in den nächsten Jahren eine aus Abgeordneten und Wissenschaft-

lern zusammengesetzte Enquetekommission des Landtages befassen, die fraktionsübergreifend eingesetzt wurde.



Anke Schwarzenberg
Sprecherin für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung

Gesundheitsforschung stärken



In Brandenburg gibt es in den verschiedensten Bereichen Forschung zu Medizin und Gesundheit. Ob die Pflegewissenschaften, Biowissenschaften, Gesundheitswissenschaften, Ernährungswissenschaften oder Forschung an Zelltherapie – unser Land ist in dem Bereich bereits gut aufgestellt. Bisher fehlt aber eine enge Kooperation dieser Einrichtungen. Daher will die rot-rote Koalition mit einem Gesundheitscampus die Forschung, v.a. zum Thema „Medizin des Alterns“ stärken. Für diesen neuen Forschungsverbund werden wir Mittel aus dem Haushalt bereitstellen – zunächst für die Konzeptionierung.

Im Rahmen der Planung muss die konkrete Struktur, die Beschreibung der Professuren, die Form der Zusammenarbeit und auch die Einbeziehung der privaten medizinischen Hochschule geklärt werden. Nur bei einem überzeugenden Konzept werden wir weitere

finanzielle Mittel gewähren. Dabei vertreten wir als LINKE die Position, dass die private Hochschule keine staatlichen Gelder erhalten soll.

Wir sehen den Gesundheitscampus als Chance, den medizinischen Bereich in Brandenburg nochmal zu stärken und damit die Gesundheitsversorgung langfristig zu sichern.

Isabelle Vandre
Wissenschafts-
politische
Sprecherin



René Wilke
Gesundheits-
politischer
Sprecher



Aktuelle Initiativen im Landtag

online unter
[linksfraktion-brandenburg.de/
politik](https://www.linksfraktion-brandenburg.de/politik)



Die Fraktion bei Facebook:
[https://www.facebook.com/
linksfraktion.brandenburg](https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg)

KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:

L nach dem Lesen weiterreichen!

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Thomas Rohde (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 07
thomas.rohde@linksfraktion-brandenburg.de

PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Dominique Prokopy
FOTOS Kindergärtnerin: Oksana Kuzmina © 123RF.com,
Student_innen: Igor Mojzes © 123RF.com, Arzt: fmatte /
photocase.de;

LAYOUT, SATZ, GRAFIK

Döring & Waesch, Perleberg

AUFLAGE

7 000 Stück

DRUCK

Gieselmann Druck und Medienhaus,

Potsdam-Rehbrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (MdL), Parlam. Geschäftsführer

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen



www.linksfraktion-brandenburg.de